

## **Protokoll:**

Rm Zwiernik (Bündnis 90 / Die Grünen) begründet den Antrag.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0089/2016).

Rm Zwiernik gibt zu bedenken, dass die Möglichkeit einer einjährigen Testphase bestehe, nach der eine Evaluation stattfinde und gegebenenfalls die Möglichkeit bestehe, die Rahmenvereinbarung nach zu verhandeln. Die Stadt Trier habe sich zwischenzeitlich auch dazu entschlossen, das Modell auszuprobieren.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein stellt fest, dass die Stadt Trier noch nicht endgültig über die Einführung der Gesundheitskarte entschieden habe. Die Mehrkosten könnten auch noch höher werden als geschätzt. Mit der Nichteinführung der Gesundheitskarte gehe keine Leistungsschmälerung für die Asylbewerber einher.

Rm Paul (AfD) führt aus, dass sich aus dem Prinzip der Sozialversicherung ergebe, dass daran nur Einzahler und Staatsbürger teilhaben könnten, also keine Asylbewerber. Zudem hätten sich alle kommunalen Spitzenverbände gegen die Gesundheitskarte ausgesprochen. Für die Gesundheit der Asylbewerber sei trotzdem umfassend gesorgt.

Rm Zwiernik gibt zu bedenken, dass es auch andere Schätzungen gebe, nach denen es nicht zu Mehrkosten kommen würde. Es gehe bei der Gesundheitskarte für Asylbewerber darum, Verzögerungen zu vermeiden.

Rm Otto (CDU-Fraktion) erwidert, dass sich das Land an den Kosten für die Gesundheitskarte nicht beteilige.